Tim B. Müller | Adam Tooze (Hg.)

Normalität und Fragilität

Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Leseprobe

Hamburger Edition

Tim B. Müller | Adam Tooze (Hg.)

Normalität und Fragilität

Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Hamburger Edition

Leseprobe

Tim B. Müller | Adam Tooze

Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg

Gibt es eine Geburtsstunde der modernen Demokratie? Die jüngste Forschung bietet Grund, zur Untersuchung dieser Frage in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und insbesondere auf die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg zu blicken. Das ist auch der Ansatz, den dieser Band vorschlägt und verfolgt. Sein Thema ist das *making of democracy* im Ersten Weltkrieg und vor allem nach 1918. Er begreift die Demokratie dieser Zeit konsequent als etwas im Entstehen Begriffenes. Eine solche Lesart folgt aus einer vergleichenden, nationale Grenzen überschreitenden Betrachtungsweise.

Aber damit wird die Vorgeschichte nicht ausgeblendet. Bereits im späten 19. Jahrhundert baute sich eine globale Demokratisierungswelle auf und machte sich ein weltweites Demokratisierungsverlangen bemerkbar. Erweiterungen des Wahlrechts waren an der Tagesordnung, doch das allgemeine Wahlrecht lag für die meisten Gesellschaften noch fern. Diese ungleichen, aber gleichzeitigen Entwicklungen sind als »Demokratisierungsepisoden« bezeichnet worden. Die Demokratie wurde zur globalen Erwartung.[1] Das gilt auch für traditionell als demokratisch geltende Gesellschaften, die jedoch erst in dieser Epoche entscheidende Demokratisierungsschübe erlebten.[2]

1 Daniel Ziblatt, »How did Europe Democratize?«, in: *World Politics* 58 (2006), Heft 2, S. 311–338, hier: S. 314. Vgl. den Beitrag von Adam Tooze in diesem Band.

2 Für Frankreich etwa hat die jüngere Forschung eine Demokratieakzeptanz unter urbanen Eliten erst für das späte 19. Jahrhundert und eine Durchset-

In dieser Perspektive summierte sich im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach die Vielzahl der Demokratisierungsimpulse, teils unabhängig vom Krieg und teils bedingt oder beschleunigt durch den Krieg, zu einem qualitativen, fundamentalen Wandel. Die Demokratiegeschichte ist eine Geschichte multipler Temporalitäten. Sie ist ohne Vorläufer und Vorbilder, ohne Traditionen, in die sich die Handelnden nach dem Ersten Weltkrieg einschrieben und auf die sie sich zur Legitimationsstiftung beriefen, nicht denkbar. Aber sie ist auch nicht begreifbar, ohne die Neuartigkeit der Globalität, Gleichzeitigkeit und Geschwindigkeitssteigerung zu registrieren, die mit dem Beginn des massendemokratischen Zeitalters einherging, und die zuvor ungekannten Herausforderungen zu berücksichtigen, denen sich all diese neuen Demokratien gegenübersahen und für die sie angemessene Umgangsweisen entwickeln mussten. Die Grundregeln des Politischen änderten sich schlagartig. Neue Unsicherheiten und neue Möglichkeiten strukturierten den politischen Handlungshorizont.

Diese Lesart beruht auch auf theoretischen Einsichten. Ein so vielfältiges und vielschichtiges gesellschaftliches Gefüge wie Demokratie lässt sich nicht auf den Punkt bringen; dieses Gewebe aus Vorstellungen und Handlungen, Institutionen und Ideen, Gewohnheiten und Affekten beschreibt eine politisch-kulturelle Entwicklung und keine definitive, historisch stillgestellte Verfassungsordnung. Das Prozesshafte der Demokratie fasst der französische Denker und Historiker der Demokratie, Pierre Rosanvallon, in das mittlerweile vielzitierte Aperçu, wonach es einer Geschichte der Demokratie »nicht allein darum geht, dass die Demokratie eine Geschichte *hat.* Es gilt, den radikaleren Gedan-

---

zung demokratischer Formen der Politik erst durch die Massenmobilisierungen der 1930er Jahre herausgearbeitet; vgl. Philip Nord, The Republican Moment. Struggles for Democracy in Nineteenth-Century France, Cambridge, Mass. 1995; ders., France's New Deal. From the Thirties to the Postwar Era, Princeton 2010; Jessica Wardhaugh, In Pursuit of the People. Political Culture in France, 1934–39, Basingstoke 2009; sowie den Beitrag von Jessica Wardhaugh in diesem Band; zu Großbritannien vgl. den Beitrag von Helen McCarthy, zu den Vereinigten Staaten die Beiträge von Hedwig Richter und Jason Scott Smith in diesem Band.

ken in Betracht zu ziehen, dass die Demokratie eine Geschichte *ist.*«[3]

Rosanvallon gehört zu den Stichwort- und Impulsgebern neuer Geschichten der Demokratie, denen nationale Pädagogik, das Verteilen von Zensuren und die normative Überhöhung einer selbst nicht historisierten Gegenwart widerstrebt, ohne dass sie den Zusammenhang ignorieren, der diese Geschichte, die sich selbst Demokratie nennt, in all ihrer Widersprüchlichkeit verbindet. Die Grundlagen für ein solches Vorgehen wurden schon vor Jahren gelegt.[4] Es gab seitdem bedeutende und verdienstvolle Unternehmungen, die internationale Forschung über die Demokratie seit 1900 oder in der Zwischenkriegszeit ins Gespräch zu bringen, wobei es zumeist jedoch beim Festhalten am Definitorischen blieb, wenn auch die der gegenseitigen Übersetzbarkeit zwischen den Disziplinen dienenden Definitionen immer offener wurden.[5] Bis in maßgebliche historische Darstellungen hinein überwiegt dabei nach wie vor eine pessimistische Perspektive, die eher die extremen Krisen, die Schwäche oder den Untergang der Demokratie erklären als ihre Chancen ausloten oder Erwartungshorizonte erkunden will. Ambivalenzen – etwa die Spannungen zwischen individuellen Rechten und kollektiven Ligaturen, der Ruf nach Führung und Stärkung der Exekutive oder die in Demokratien ubiquitäre Parlamentarismus-

3 Pierre Rosanvallon, »Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France, Donnerstag, den 28. März 2002«, in: *Mittelweg 36* 20 (2011), H. 6, S. 43–66, hier: S. 49. Vgl. auch ders., Democracy Past and Future, hrsg. von Sam Moyn, New York 2006; ders., Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, Hamburg 2010; ders., Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg 2013.

4 Vgl. etwa Christian Meier u. a., »Art. Demokratie«, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 2004, S. 821–899; Wolfgang Mager, »Art. Republik«, in: Ebenda, Bd. 5, S. 549–651.

5 Vgl. etwa Dirk Berg-Schlosser/Jeremy Mitchell (Hg.), Authoritarianism and Democracy in Europe 1919–39. Comparative Analyses, London 2002; ders./Jeremy Mitchell (Hg.), Conditions of Democracy in Europe, 1919–39. Systematic Case Studies, London 2000; Christoph Gusy (Hg.), Demokratisches Denken in der Weimarer Republik, Baden-Baden 2000; ders. (Hg.), Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit, Baden-Baden 2008.

und Parteienkritik – treten dabei kaum als konstitutive, »normale«, unvermeidliche, weiterhin theoretisch und praktisch herausfordernde Merkmale von Demokratien auf, sondern häufig als destruktive Vorboten des Zerfalls.[6]

Einen anderen Weg weisen Interventionen und Untersuchungen, die sich vom Versuch der historischen Fixierung lösen und mit einem nominalistischen Zugriff experimentieren, der jedoch kein antiquarischer Nominalismus ist. Diese Debattenrekonstruktionen setzen bei den Vorstellungen und Erwartungen, Selbst- und Situationswahrnehmungen der Zeitgenossen an, sie analysieren Ereignisse und Entwicklungen in ihren individuellen Kontexten, sie sind kontingenzsensibel. Zugleich leugnen diese Ansätze nicht das Kontinuitätsproblem, das sich auch im Hinblick auf die vielen zu rekonstruierenden Demokratie-Geschichten stellt: Die Handelnden schrieben sich selbst in eine kontinuierliche Geschichte der Demokratie ein, die auch als Akteursvorstellung nur in Überschreitung lokaler Kontexte und unter Zuhilfenahme strukturanalytischer

6 Vgl. neben der im letzten Jahrzehnt wohl einflussreichsten Deutung von Mark Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000, etwa Karl Dietrich Bracher, Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982; Jan-Otmar Hesse, »Wirtschaftspolitische Bewältigungsstrategien nach der Krise. Deutschland und die USA in den 1930er Jahren«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 61 (2010), S. 315–329; Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1998; Jörn Leonhard, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014, S. 997–2014; Gunther Mai, Europa 1918–1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart 2001; Paul Nolte, »Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 61 (2013), S. 275–301; Richard Overy, The Morbid Age. Britain between the Wars, London 2009; Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2011, S. 71–91; Lutz Raphael, Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945, München 2001; Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939, Frankfurt am Main 2008; Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, München 2008; Michael Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007; sowie etliche der Beiträge in: Berg-Schlosser/Mitchell (Hg.), Authoritarianism and Democracy; dies. (Hg.), Conditions of Democracy; Gusy (Hg.), Demokratisches Denken; ders. (Hg.), Demokratie in der Krise.

Vorgehensweisen zu erschließen ist. Zuletzt verschließen sich diese Forschungen und Überlegungen nicht der theoretischen Herausforderung, die sich aus dieser Historisierung von Kulturen und Konzeptionen der Demokratie ergibt: Sie zwingt uns, die Fragen nach der Fragilität und Stabilität, nach den Integrationsmöglichkeiten und Ausgrenzungstechniken, nach den Erschöpfungszuständen und der Kreativität, nach den Potenzialen – den eröffneten wie den unausgeschöpften – und Grenzen der Demokratie neu zu stellen. Demokratie lässt sich auf diesem historischen Fundament nur als fragile und fluide politische Ordnung denken, in der keine unüberwindlichen Hürden den Optimismus vom Zusammenbruch, das Selbstverständlichwerden von der Befeindung der Demokratie trennen.[7]

Aber man muss beides erkennen und erforschen – die optimistische Erwartung und die zerstörerische Mischung aus Ressentiments und Resignation, die enthusiastische Kreativität und die gewaltsame Gegenbewegung bis hin zur Auflösung, die Schattenseiten und die strahlende Hoffnung, die nicht nur eine Nation, sondern viele Gesellschaften beinahe gleichzeitig nach dem Ersten Weltkrieg erfasste. Um das zu leisten, wird kein Weg vorbeiführen an einer erneuten Rekonstruktion zeitgenössischer Perspektiven und Handlungszusammenhänge, die davon Abstand nimmt, Gewissheiten zu wiederholen, die schon zu lange feststehen, ohne im-

7 Vgl. etwa Joris Gijsenbergh u.a. (Hg.), Creative Crises of Democracy, Brüssel 2012; Wolfgang Hardtwig (Hg.), Politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit 1918–1939, Göttingen 2005; ders. (Hg.), Ordnungen in der Krise. Zur Politischen Kulturgeschichte Deutschlands 1918–1933, München 2007; Jussi Kurunmäki/Johan Strang (Hg.), Rhetorics of Nordic Democracy, Helsinki 2010; Marcus Llanque, Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000; Anthony McElligott (Hg.), Weimar Germany, Oxford 2011; Helen McCarthy, »Whose Democracy? Histories of British Political Culture between the Wars«, in: *The Historical Journal* 55 (2012), S. 221–238; Thomas Mergel, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2012; Jan-Werner Müller, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin 2013; Tim B. Müller, Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien, Hamburg 2014; Adam Tooze, The Deluge. The Great War and the Remaking of Global Order, London 2014.

mer wieder auf ihre sachliche und theoretische Plausibilität überprüft worden zu sein – ein in der Wissenschaft üblicher, von immer neuen Erkenntnissen und Erfahrungen geleiteter Revisionsprozess. Eine solche Rekonstruktion muss das Gedachte und Geschehene vom Anfang erschließen und nicht vom Ende zurückblicken; es ist eine der Aufgaben der Geschichtswissenschaft, die Geschichte »dem Schein des Soges von Notwendigkeit der Strukturen und Prozesse« zu entziehen, »an individuelle Entscheidungen, an kontingente Ereignisse, an Alternativen und Optionen« zu erinnern, »die Offenheit aller Situationen im Bewusstsein zu halten«, oder wie es eine Neuformulierung dieses historistischen Grundsatzes ausdrückt: »Wer nur nach der Vorgeschichte der Probleme […] der zeitlich je unterschiedlichen Gegenwarten fragt, folgt einer verborgenen Teleologie und blendet jene Entwicklungen aus, die abgebrochen wurden, die scheiterten oder im Sande verliefen.«[8] Das gilt nicht nur für den deutschen Fall. Die amerikanische, die britische, die französische oder die schwedische Geschichte der »Zwischenkriegszeit« sind nicht weniger explizit oder implizit teleologischen Interpretationen unterzogen worden, in denen die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg als langfristig irrelevantes Intermezzo der Katastrophen oder als Durchgangsstation einer bruchlosen Demokratiegeschichte erscheinen.[9] Erkenntnistheoretisch ist es eine konstante Herausforderung für die Geschichtswissenschaft, aus dem Späteren nicht auf das Frühere zu schließen, nicht in die Falle der »embryogenetischen Obsession« zu tappen, einen dem jeweiligen

8 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2: Machtstaat vor der Demokratie, München 1998, S. 418; Ulrich Herbert, Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014, S. 16.

9 Gegen solche nach wie vor prominenten Deutungsmuster argumentieren etwa die Beiträge von Helen McCarthy, Jessica Wardhaugh oder Urban Lundberg in diesem Band; vgl. auch, auf unterschiedlichen Ebenen, Steve Fraser/Gary Castle (Hg.), The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980, Princeton 1989; Ira Katznelson, Fear Itself. The New Deal and the Origins of Our Time, New York 2013; Nord, Republican Moment; ders., France's New Deal; Daniel T. Rodgers, Age of Fracture, Cambridge 2001. – Wenn in diesem Band das Wort Zwischenkriegszeit verwendet wird, handelt es sich um eine Epochenbezeichnung ohne die deterministischen Konnotationen, die in manchen Redeweisen von der »Zwischenkriegszeit« aufscheinen.

individuellen Zusammenhang angemessenen Umgang mit den Problemen von Kontinuität und Konsistenz zu finden, der bei den Gegenwartserfahrungen und Zukunftserwartungen der Zeitgenossen ansetzt.[10]

An dieser Stelle setzt der vorliegende Band ein, der auf eine Tagung im Hamburger Institut für Sozialforschung im November 2013 zurückgeht. Die Absicht war, Demokratien und Demokratie nicht als etwas Fixiertes zu untersuchen, sondern »Geschichte *in the making* zu erfassen, während sie ihr volles Potenzial aufweist«, bevor es sich in eine bestimmte Richtung entfaltet. Diese Geschichte der Demokratie ist ebenso sehr von Fragilität wie von Kreativität, von Instabilität wie von Stabilität gekennzeichnet.[11]

Was das Vorgehen betrifft, könnte man die meisten der versammelten Texte als Beiträge zu einer kulturgeschichtlich informierten Geschichte politischer Begriffe, Praktiken und Vorstellungen charakterisieren, die auch die Konstitution der Ökonomie in den Mittelpunkt der historischen Auseinandersetzungen um die Demokratie rückt. Inspiriert wurden die Autorinnen und Autoren von unterschiedlichen methodischen und theoretischen Ansätzen, wie der Begriffsgeschichte, der *intellectual history* der Cambridge School, Pierre Rosanvallon und seiner von François Furet, Claude Lefort und Cornelius Castoriadis ausgehenden philosophischen

10 Marc Bloch, Apologie der Geschichtswissenschaft oder Der Beruf des Historikers, Stuttgart 2002, S. 33. Einige wenige von zahlreichen klassischen Orten dieser Reflexion sind etwa Reinhart Koselleck, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 158–207; ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt am Main 2003, S. 27–77, 246–264, 298–316; ders., Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt am Main 2006, S. 86–98; Siegfried Kracauer, History. The Last Things Before The Last, New York 1969; Dominick LaCapra, Representing the Holocaust. History, Theory, Trauma, Ithaca 1994, S. 1–41, 205–223; Thomas Nipperdey, Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1990, S. 225–248; sowie etliche der Grundlagentexte in: Fritz Stern/Jürgen Osterhammel (Hg.), Moderne Historiker. Klassische Texte von Voltaire bis in die Gegenwart, München 2001.

11 Rosanvallon, Democracy Past and Future, S. 66; vgl. Gijsenbergh u. a. (Hg.), Creative Crises; Detlev J. K. Peukert, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne, Frankfurt 1987; zur »Möglichkeitsstruktur« der Geschichte Koselleck, Vergangene Zukunft, S. 165 f., 205 f.

Geschichte des Politischen, diversen Historiografien der *political economy,* Michael Foucault und der Geschichte der Gouvernementalität, von den Erkenntnissen des *linguistic turn* und den Einsichten eines reflektierten und selbstkritischen Historismus und der politischen Kulturgeschichte, wofür Thomas Nipperdey, Wolfgang Hardtwig oder auch Thomas Mergel stehen.[12] Einige dieser Einflüsse werden deutlich werden, andere sind eher von der Darstellung absorbiert; doch worauf es allen ankommt, ist, dass das historische Material auf neue Weise befragt und neue Interpretationen zur Diskussion gestellt werden. Das hoffen die Beteiligten, vornehmlich jüngere Historikerinnen und Historiker aus mehreren Ländern, Experten für ihre Geschichten der Demokratie, mit diesem Band erreicht zu haben.

Wenn Vorstellungen dabei im Mittelpunkt stehen, lässt sich diese Art der Annäherung an ein unlösbares Problem nicht als »bloße« Ideengeschichte abtun. Nicht nur die Einwände gegen die erkenntnistheoretische Naivität einer Geschichte der harten »Fakten«, die gerade auf ökonomischem Gebiet – wo Philip Mirowski zufolge »physics envy« zur Abkopplung von einer der Mechanik und Modellierung widerstrebenden Geschichte führte[13] – so gern

12 In einer solchen politischen Kulturgeschichte geht es Wolfgang Hardtwig, Politische Kultur der Moderne. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 2011, S. 205, zufolge um die »Verknüpfung historisierter anthropologischer Fundamentalkategorien mit den Institutionen, Praktiken und Deutungen von Politik […]. Ein solcher integrierender Ansatz lässt sich konzeptionalisieren, indem man etwa nach der Erfahrung, Deutung und symbolischen Vergegenwärtigung von Raum, Zeit, Körper, Emotion, Wissen, Arbeit, Kommunikation und schließlich der politischen, sozialen, religiösen und intellektuellen Orientierungen im engeren Sinne fragt.« Vgl. auch Thomas Mergel, »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574–600; Thomas Nipperdey, Gesellschaft, Kultur, Theorie, Göttingen 1976; Referenzpunkte der politischen Kulturgeschichte mit ihrer Aufmerksamkeit für die semantische und symbolische Konstitution und Eigendynamik des Politischen sowie ihrer Zurückweisung ökonomischer oder sozialer Reduktionen bleiben die Arbeiten und Interventionen von François Furet, 1789 – Jenseits des Mythos, Hamburg 1989; ders./Mona Ozouf (Hg.), Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution, 2 Bde., Frankfurt am Main 1996.

13 Philip Mirowski, More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics, Cambridge 1991, S. 354.

und so unermüdlich gegen die Zumutungen des uneindeutigen Politischen ins Feld geführt werden, wiegen zu schwer. Handeln und Vorstellungen sind für die versammelten Beiträge nicht voneinander zu trennen. Es geht ihnen um eine »Gesellschaftsgeschichte handlungssteuernder Ideen«, um Vorstellungen und Ordnungskonzepte, »die im sozialen und politischen Geschehen formende Wirkung entfalten«, um Modi der Realitätskonstruktion und der Realitätserschließung zugleich, um »all jene ›aktiven‹ Vorstellungen […], die das Handeln leiten, das Feld des Möglichen durch das des Denkbaren begrenzen und den Rahmen für Kontroversen und Konflikte abstecken.«[14]

Demokratie ist dabei kein Ordnungskonzept wie jedes andere, weder für die historisch Handelnden noch für die diese Geschichte erforschenden Historiker. In der bereits erwähnten Literatur und an vielen anderen Stellen lässt sich nachvollziehen, wie die Demokratie im Revolutionszeitalter um 1800 zum universalen Erwartungsbegriff wurde, zur politischen Zukunftsverheißung. Sie war nicht länger ein Stadium im ewigen Verfassungskreislauf und verlor, den Schrecknissen der *terreur* zum Trotz, den Beiklang der Pöbelherrschaft. Sie wurde neu gedacht, als auf Dauer errichtete oder zu errichtende repräsentative Verfassungsordnung der Bürger. Schon in diesen Jahrzehnten konnte Demokratie vereinzelt bereits mehr bedeuten, das Ziel einer neuen Gesellschaftsform bezeichnen. Doch behielt der Begriff der Demokratie eine oppositionelle Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen bei. Die hier versammelten Beiträge zeigen im Einklang mit der neueren Forschung, dass die Demokratie erst in den Jahren um oder nach dem Ersten Weltkrieg die entscheidende Schwelle überschritt, nicht länger als Ausdruck von Protest- oder Reformverlangen galt und viel mehr bezeichnete als eine mit Hoffnung oder Furcht erwartete Verfassungsordnung: eine alle Lebensbereiche erfassende Regierungs- und Lebensform, die den neuen politischen Horizont bildete und deren Ablösung zunehmend undenkbar wurde, die zentrale Kategorie des Politischen.

---

14 Anselm Doering-Manteuffel, »Die deutsche Geschichte in den Zeitbögen des 20. Jahrhunderts«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 321–348, hier: S. 324; Rosanvallon, Begriffs- und Problemgeschichte, S. 56.

Die Beiträge machen ein doppeltes Spannungsverhältnis sichtbar: zwischen der beträchtlichen normativen Konstanz dessen, was Demokratie seit mehr als zwei Jahrhunderten in den Augen ihrer Erbauer und Verfechter sein soll,[15] und der empirisch variablen »Verwirklichung der Demokratie«[16] einerseits; andererseits zwischen den unterschiedlichen, miteinander wetteifernden, konvergierenden und antagonistischen Sprachen, Begriffen und Vorstellungen, Praktiken, Kulturen und Affektlagen der Demokratie in ihren spezifischen Kontexten und Konstellationen. Die Analyse muss darum ständig einen heuristischen Idealtypus, der als Ausgangspunkt unvermeidlich zu konstruieren ist, durch die Rekonstruktion der vielen konkreten Verwendungen des Begriffs, der Funktionen und Realisierungen der Sache in individuellen Kontexten korrigieren. Das leisten die nachfolgenden Beiträge auf ihre jeweils eigene Weise, wenn sie unterschiedliche Zugänge wählen. In einer Geschichte der Demokratie, wie sie dieser Band vorschlägt, verfügt keine Seite in den historischen Konflikten um die Demokratie a priori über die Definitionshoheit, doch können sich Konvergenzen und Koalitionen einstellen, die in einer historischen Konstellation die Bedeutung von Demokratie stabilisieren. Genau das scheint – bei aller Widersprüchlichkeit der Debatten, was diesen Prozess umso erstaunlicher macht – in den Jahren nach 1918 geschehen zu sein. Aber Demokratie blieb eine zukunftsoffene Kollektivhandlung, gerichtet auf Ermöglichungen und Erweiterungen von Freiheit, zugleich durchzogen von Widersprüchen und Pathologien, von Entgleisungen der Mehrheit und der Unterdrückung von Minderheiten. Auch die Demokratie hat »dunkle Seiten«, die zwar mitunter verzerrt und vergrößert dargestellt werden, sich aber nur mit großem argumentativen Aufwand als unwesentlich abtun lassen.[17]

15 Sowohl den von den Handelnden als konstant aufgefassten normativen Kern als auch die vielfältige und widersprüchliche historische Praxis der Demokratie verbindet die Darstellung von Rosanvallon, Gesellschaft.

16 Otto Kirchheimer, »Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung [1930]«, in: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt am Main 1964, S. 9–56, hier: S. 15.

17 Vgl. etwa Mazower, Kontinent; Michael Mann, Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung, Hamburg 2007; John Keane,

Die Entstehung der Demokratie als Wert an sich, die Akzeptanz dieser Demokratie, die Vielfalt ihrer Ausdrucksformen im politischen und im Alltagsleben, die Ausbildung eines allgemeinen demokratischen Erwartungshorizonts sind die Kernfragen, denen sich dieser Band widmet und denen sich hoffentlich noch viele weitere Forschungen stellen werden – denn wie die Demokratie selbstverständlich wurde und es auch in existenziellen Krisen blieb, während sie sich weiter wandelte und den Herausforderungen anpasste, darüber wissen wir viel zu wenig.

Wenn die Demokratie nach 1918 das Feld wurde, auf dem um das Ganze gestritten wurde, und wenn die Erforschung dieser Geschichte in ihren zeitgenössischen Handlungsrahmen und Erwartungshorizonten darum nahelegt, »dem Verlauf der Experimente und Annäherungen, der Konflikte und Kontroversen zu folgen, mittels deren das Gemeinwesen eine legitime Form anzunehmen versuchte«,[18] dann stellt diese methodische Entscheidung eine normative und theoretische Zumutung dar. Normativ, weil sich diese Geschichte weder von ihrer Erforschung noch von ihrer fortgesetzten Entwicklung trennen lässt, solange wir in demokratischen Gesellschaften und Gemeinwesen leben. Auch der Versuch der Historisierung und Entnormativierung entkommt diesem Problem nicht, wie etwa das Werk Rosanvallons deutlich macht, in dem sich Historisierung, Theoriearbeit und Initiativen zur Aktualisierung einer unabgeschlossenen Geschichte verbinden. Theoretisch, weil sich in den Vorstellungen von Demokratie – unter den Zeitgenossen nach 1918, aber auch in vielen Redeweisen der Gegenwart – ein umfassendes, beinahe totales Verständnis des Politischen artikuliert. Politik mag, je nach Lesart und theoretischer Festlegung, durch selbstreferenzielle Bezüge, durch Kommunikation, Habitualisierungen und Routinisierungen des Handelns konstituiert und perpetuiert werden können – Demokratie nicht. Demokratie erhebt – oder wenigstens erhob sie über lange Phasen ihrer Geschichte hinweg – nicht nur einen normativen Anspruch, sie will oder wollte auch der Kern des Sozialen sein. Insofern ist Demokratie auch eine Zumu-

---

Violence and Democracy, Cambridge 2004; ders., The Life and Death of Democracy, London 2009.

18 Rosanvallon, Begriffs- und Problemgeschichte, S. 49f.

tung für viele Vertreter anderer Sozialwissenschaften. Die systemtheoretische Soziologie kennt das Politische nur als Teilsystem der Gesellschaft, ein Zentrum existiert nicht, autonome Handlungsfelder regulieren sich selbst. Geschichte taucht dabei in Gestalt von sehr allgemeinen, oft problematischen und überholten Annahmen über die Entwicklung der Moderne auf.[19] Die Politikwissenschaft hat sich in vielen Fällen für eine historisch eher desinteressierte, kontextunabhängige Klassifizierung von Demokratiemerkmalen entschieden.[20] Beide Ansätze könnten einer Geschichte der Demokratie wie der skizzierten nicht fremder sein. Aber vielleicht ließen sich dennoch interdisziplinäre Gesprächsangebote unterbreiten, wenn es der Geschichtswissenschaft gelingt, durch historische Annäherungen zu einer schärferen empirischen Erfassung und theoretischen Bestimmung von Demokratie beizutragen und so ihre Sache stärker zu machen.

Handelt es sich bei dieser Geschichte, deren Protagonisten doch schon im 19. Jahrhundert mit einem universalen Erwartungsbegriff den Anspruch erhoben, für die ganze Welt zu sprechen, um eine rein europäische oder westliche Geschichte? Auch wenn der Begriff der »westlichen Demokratie(n)« im Ersten Weltkrieg erfunden wurde[21] – Träume von einer weltweiten Ausbreitung der Demokratie sind nichts Neues. Um nur ein literarisches Beispiel von 1851

19 Vgl. nur eines der prominentesten, für eine mittlerweile gewaltige systemtheoretische Literatur stehenden Beispiele: Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981; Helmut Willke, Demokratie in Zeiten der Konfusion, Frankfurt am Main 2014; vgl. jedoch zur Vielfalt der soziologischen Theoriebildung über die Moderne Hans Joas/Wolfgang Knöbl, Sozialtheorie. Zwanzig einführende Vorlesungen, Berlin 2011; Wolfgang Knöbl, Spielräume der Modernisierung. Das Ende der Eindeutigkeit, Weilerswist 2001.

20 Vgl. etwa Dirk Berg-Schlosser (Hg.), Democratization. The State of the Art, Opladen 2007; Svend-Erik Skaaning/Jørgen Møller, Democracy and Democratization in Comparative Perspective. Conceptions, Conjunctures, Causes, and Consequences, London 2013. Für Geschichtswissenschaft wie Soziologie weiterführend ist Francis Fukuyama, The Origins of Political Order. From Prehuman Times to the French Revolution, London 2011; ders., Political Order and Political Decay. From the Industrial Revolution to the Globalisation of Democracy, London 2014.

21 Vgl. Llanque, Demokratisches Denken.

zu zitieren: »[…] und wenn es der Raum erlaubte, ließe sich klar und deutlich zeigen, wie diese Walfänger schließlich und endlich den Anstoß zur Befreiung Perus, Chiles und Boliviens vom Joche des Alten Spaniens und zur Errichtung der ewigen Demokratie in diesen Breiten gaben.«[22] Seit den demokratischen Revolutionen im späten 18. und im 19. Jahrhundert tauchten diese Vorstellungen immer wieder auf. In den Jahren seit dem Ersten Weltkrieg verstärkten sie sich, eine weltweite Demokratisierung rückte in den Erwartungshorizont der Zeit. Auch in Russland, Indien, China oder Japan wurde um Demokratie, um das Wahlrecht und die Gewaltenteilung öffentlich gestritten; die größten Wahlen, die die Welt bisher gesehen hatte, wurden organisiert, Hunderte Millionen von Menschen wählten zum ersten Mal in ihrem Leben. Es gab keinen Teil der Welt, der nicht von dieser Erwartung erfasst wurde.[23] Aber die Jahre nach 1918 erinnern zugleich daran, dass Wahlen und einigermaßen friedliche Regierungswechsel in den Augen der Zeitgenossen nicht das einzige Kriterium für die Entstehung, das Selbstverständnis und den Fortbestand von Demokratien waren. Die Globalität der Erwartung bedeutete nicht die Gleichzeitigkeit der Entwicklung. Auch in Europa wurde die Demokratie nicht überall zur Normalität. Das trifft nicht nur im Hinblick auf die politischen Ereignisse und Institutionen zu. Ungeachtet der wechselseitigen Verflochtenheit und Beobachtung war etwa in Osteuropa die Wahrnehmung, in Demokratien zu leben, oder die Thematisierung der Demokratie in den politischen Debatten als selbstverständliche Regierungs- und Lebensform sehr viel weniger ausgeprägt als in den Teilen des Kontinents, mit denen sich die Beiträge dieses Bandes befassen.[24]

In der Gegenwart sind ähnliche Erfahrungen gemacht worden. Die jüngste Welle globaler Demokratisierung ebbte schnell wieder ab. Der Sturz oder Austausch von Machthabern und die Durchfüh-

22 Herman Melville, Moby Dick oder Der Wal. Deutsch von Matthias Jendis, München 2001, S. 193.

23 Vgl. den Beitrag von Adam Tooze in diesem Band, sowie Tooze, Deluge, S. 68–107, 173–198, 321–332, 374–393.

24 Vgl. etwa Balázs Trencsényi, The Politics of »National Character«. A Study in Interwar East European Thought, London 2012; ders. u. a. (Hg.), Negotiating Modernity. History of Modern Political Thought in East Central Europe, 2 Bde., Oxford 2015–2016 (im Druck).

rung einigermaßen freier und gleicher Wahlen führen nicht zwangsläufig zum Selbstverständlichwerden der Demokratie. Auch diese Einsicht tauchte in den Diskussionen nach 1918 auf, in denen die Vorstellungen von Demokratie umfassend waren und weit über politische Institutionen hinausgingen. Nach dem Ersten Weltkrieg vertraten minimalistische, allein den Wahlakt oder die Artikulation des Volkswillens in den Mittelpunkt stellende Kriterien von Demokratie eher die Anhänger plebiszitärer, parademokratischer Diktaturvorstellungen.[25] Rekonstruktionen vergangener Debatten schützen vor einer Verengung und Ausdünnung von Demokratiekonzepten, sie können Handlungshorizonte öffnen und zur Selbstreflexion anhalten, das Fragilitäts- wie das Kreativitätsbewusstsein schärfen.

Demokratie, im Gegensatz zu den Theorien der Demokratie, lässt sich nicht historisch fixieren. Dafür könnte man auf Nietzsches berühmten Satz aus der »Genealogie der Moral« über die Unmöglichkeit, Begriffe wie Demokratie zu definieren, verweisen. Mit Jacques Derrida, der die normativen Zumutungen der Demokratie anders als Nietzsche annahm, lässt sich die Demokratie als ein unendlicher Prozess der Demokratisierung vorstellen, als eine »democratie à venir« – zugleich als ein permanentes Versprechen, eine unabschließbare politische Kritik im Hier und Jetzt und als eine regulative Idee im Hinblick auf die Zukunft.[26] Die historische Perspektive muss allerdings auch in Betracht ziehen, dass die größten Augenblicke der Demokratie, der Verwirklichung ihrer Versprechen, bereits hinter uns liegen könnten.

In den Diskussionen, die zu diesem Band führten, haben sich sieben Grundverständigungen über die Geschichte der Demokratie nach 1918 eingestellt, die sich in unterschiedlichem Maße in den einzelnen Beiträgen widerspiegeln. Dabei handelt es sich um heuristische und interpretative Vorschläge, um materialerschließende Thesen und Deutungsangebote, nicht um den Versuch, eine neue Orthodoxie zu etablieren.

25 Vgl. etwa Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 258–264.

26 Vgl. Jacques Derrida, Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, Frankfurt am Main 2003, besonders S. 48–66, 111–134.

1. Die Zeit seit Beginn des Ersten Weltkriegs kann als konstitutive Phase der modernen Demokratie aufgefasst werden – wobei die Wellenbewegungen und Episoden der Demokratisierung seit dem späten 19. Jahrhundert und auch die multiple Temporalität der Demokratie, ihr permanentes Einschreiben in oder Umschreiben von demokratischen Traditionen, als Fundamente dieser Dynamik zu berücksichtigen sind. Die Demokratie befand sich im Prozess der Entstehung. Dieser Band stellt sich linearen nationalen Kontinuitätsdeutungen entgegen und nimmt stattdessen das internationale demokratische Projekt und die Erwartungen der 1920er und 1930er Jahre ernst. Kontexte sind dabei für die Erklärung relevanter als Kontinuitäten. Wenn auch demokratische Traditionen in unterschiedlichem Maße die Entwicklung beeinflussten, wenn auch einige Demokratien in diesen Jahren einen stabileren Zustand erreichten als andere, handelte es sich dennoch überall zugleich um einen Neuanfang, um einen Augenblick, wenn nicht eine Epoche der radikalen Diskontinuität.

2. Zur Korrektur vorherrschender Deutungsmuster wird eine verhalten optimistische Lesart vorgeschlagen. Schlagwörter wie »dunkler Kontinent«, »Zeitalter der Extreme« und »Katastrophenzeitalter«, »Nachkriegs-Gewaltgesellschaften« verdecken den demokratischen Prozess, den dieser Band als das zentrale politische Ereignis dieser Epoche in den Blick nimmt. Darum wird auch nicht wie in so vielen Deutungen unproblematisch vom Scheitern von Demokratien oder gar der Demokratie gesprochen, sondern vielmehr die Frage aufgeworfen: Wie funktionierte die Demokratie? Wie stellte man sie sich vor, welche Experimente lagen im Möglichkeitshorizont der Zeitgenossen? Wie konnte sich die Demokratie unter schwierigen Umständen herausbilden und in immer neuen Krisen bestehen? Was überhaupt kann Scheitern oder Erfolg in diesen historischen Kontexten heißen? Individuellem Handeln und Kontingenz wird besondere Aufmerksamkeit zugewandt, die Offenheit jeder Krise, die durch sie gebotenen Chancen der kreativen Erneuerung oder Konsolidierung, die Vielfalt und Uneindeutigkeit der möglichen Ergebnisse werden betont.

3. Ein weiteres Spannungsverhältnis der Zeit war das zwischen dem exzessiven Nationalismus einerseits, der durch die Entstehung der modernen Demokratie mit ihrer auf Massenöffentlichkeit und

Massenkommunikation basierenden Politik noch gesteigert werden konnte, und andererseits den nicht weniger entschlossenen Anstrengungen, nationale Grenzen und Machtpolitik zu überwinden und auf staatliche Souveränität in Teilen zu verzichten, wofür – als sichtbare Zeichen neben vielen anderen – Völkerbund, Washingtoner Flottenabkommen und Locarno standen. Hier ließe sich viel mehr sagen, als es diesem Band möglich ist, in dem etwa die Versuche der supranationalen ökonomischen und finanziellen Integration und militärischen Abrüstung oder die kooperationsbefördernde erste globale amerikanische Hegemonie nur in wenigen Beiträgen angesprochen werden. Deutlich wird jedoch, dass es sich um miteinander verflochtene, »transnationale« Geschichten der Demokratie handelt.

4. Die Lern- und Gewöhnungsprozesse, die Praktiken und das Projekt der Demokratie wurden von den Zeitgenossen als ein langwieriges, komplexes, mehrdimensionales Unternehmen verstanden. Der Übergang zur Volkssouveränität war gerade in den Monarchien mit parlamentarischer Tradition fließender und unvollständiger als in alten und neuen Republiken; das Wahlrecht, dessen Universalität zur Norm geworden war, wurde in der Praxis schrittweise zur gleichen und freien Wahl für Bürgerinnen und Bürger ausgeweitet; Parlament und Regierung waren die politischen Kerninstitutionen, zugleich sollten ergänzende korporative Vertretungen die Konsensbildung erleichtern; der demokratischen Kultur und Bildung wurden große Aufmerksamkeit geschenkt; die Demokratie führte auch zur Reform der Wirtschaftsordnung, zu einem demokratischen Kapitalismus; Pluralismus und Gemeinschaft, individuelle Bürgerrechte und gesellschaftliche Integration gehörten gleichermaßen zu den handlungsleitenden Vorstellungen der Demokratie; Staatsbau, Verwaltung, gutes oder verantwortungsvolles Regieren waren Teil des demokratischen Projekts; partizipationsermöglichende Sozialpolitik und ein auf individuelle Rechte gegründeter Wohlfahrtsstaat rückten ins Zentrum der demokratischen Debatten; transnationale Institutionen und gesellschaftliche Akteure spielten eine große Rolle in der Ausbuchstabierung der demokratischen Erwartungen. Selbst wenn von »westlicher Demokratie« zunehmend die Rede war, handelte es sich noch nicht um das im Kalten Krieg definierte Standardmodell der westlichen Demokratie.

Der Demokratiebegriff und die Bandbreite demokratischer Praktiken waren weit umfassender und Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen.

5. Die globale Vision der Demokratie, die in der politischen Rhetorik und in den internationalen Vertragswerken der Zeit verbreitet wurde, war dennoch keine völlig universale Vorstellung. Sie wies eine deutlich erkennbare temporale und geografische Hierarchie auf. In einem Kern von Nationen, einem europäisch-atlantisch-pazifischen Demokratiebogen, wurden die demokratischen Visionen in der Gegenwart verwirklicht. Die angrenzenden peripheren Nationen konnten danach streben, mittelfristig zu solchen Demokratien zu werden. Die kolonialen Untertanen und Nationen, in denen ein Kampf für die Selbstregierung geführt wurde, erhielten vage Verheißungen einer fernen demokratischen Zukunft; doch ließ sich die demokratische Dynamik nicht auf Dauer durch solche hierarchischen Verfügungen stillstellen.

6. Ein aus heutiger Sicht schwieriges, aber in den Debatten seit dem Ersten Weltkrieg zentrales Problem war das Verhältnis von politischer Führung zur Demokratie. Wie die Beiträge in Übereinstimmung mit anderen Erzeugnissen der neueren Forschung zeigen, kann die Erwartung politischer Führung, das Nutzen von Notstandsinstrumenten oder charismatisches politisches Handeln nicht als mit der Demokratie unvereinbar und auch nicht grundsätzlich als eine Schwächung von Demokratien betrachtet werden. Zwischen äußerlich scheinbar ähnlichen Führungsfiguren und politischen Methoden können sich enorme Abgründe auftun, wenn die Handlungskontexte berücksichtigt, die begleitenden Debatten rekonstruiert sowie die Folgen für den Zusammenhalt und die Erhaltung demokratischer Gesellschaften erwogen werden. Thesen wie die von der »entfernten Verwandtschaft« und allzu verengte »republikanische« Lesarten demokratischer Politik werden als für die historische Arbeit unbrauchbar verworfen.

7. Im Laufe der Diskussionen um diesen Band drängte sich das Interpretament einer zweiten Welle derselben Demokratisierungsbewegung auf, die im und nach dem Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte: Die Krise von 1929/31 und der politische Umgang mit dieser Krise sorgte demnach entweder für eine Vertiefung, Verfestigung und Ausweitung des demokratischen Projekts oder für dessen fun-

damentale Erschütterung. Zwischen der Krisenreaktion und den demokratischen Vorstellungen der Jahre 1918 bestand demnach eine unmittelbare Kontinuität; die Demokratien, die »durchhielten«, knüpften an ihr eigenes Programm an, sie setzten den nach dem Krieg eingeschlagenen Weg fort, sie handelten im Rahmen des bereits konstituierten demokratischen Erwartungshorizonts. Ihre Politik in den 1930er Jahren lediglich als reaktiv im Hinblick auf die neue totalitäre Herausforderung zu deuten, würde diesen zeitgenössischen Handlungs- und Erwartungshorizont verkennen und den historischen Akteuren die Würde des eigenständigen, selbstbestimmten Handelns nehmen. Natürlich wurden die neuen Gegner und Todfeinde beobachtet; natürlich wuchs ein erhöhtes Gefährdungsbewusstsein. Aber von den Vereinigten Staaten bis nach Schweden ist offenkundig, dass die Demokratien und Demokraten selbst in der Existenzkrise nicht nur ihre Fragilität reflektierten, sondern aus ihrer Selbstreflexion auch die Überzeugung bezogen, dass sie als Regierungs- und vor allem als Lebensform überlegen waren und überleben würden. Der demokratische Handlungshorizont und nicht ein ökonomischer Imperativ trieb die politischen und gesellschaftlichen Reformen der 1930er Jahre an.

Inhalt

Tim B. Müller | Adam Tooze
Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg 9

I Konstellationen, Kontinuitäten und Konvergenzen

Adam Tooze
Ein globaler Krieg unter demokratischen Bedingungen 37

Hedwig Richter
Die Konvergenz der Wahltechniken und die Konstruktion des modernen Wählers in Europa und Nordamerika 70

Benjamin Schröder
Wer ist Freund, wer Feind?
Parteien und Wähler in politischer Unsicherheit 91

Laura Beers
Frauen für Demokratie
Möglichkeiten und Grenzen des zivilgesellschaftlichen Engagements 111

Andrea Rehling
Demokratie und Korporatismus – eine Beziehungsgeschichte 133

Philipp Müller
Neuer Kapitalismus und parlamentarische Demokratie
Wirtschaftliche Interessenvertreter in Deutschland und Frankreich 154

Moritz Föllmer
Führung und Demokratie in Europa 177

II Nationale Kontexte, Konflikte und Kontingenzen

Helen McCarthy
Das »Making« und »Re-Making« der demokratischen Kultur in Großbritannien 201

Ben Jackson
Keynes, Keynesianismus und die Debatte um Gleichheit 218

Jessica Wardhaugh
Demokratische Experimente in der politischen Kultur Frankreichs 239

Tim B. Müller
Demokratie, Kultur und Wirtschaft in der deutschen Republik 259

Philipp Nielsen
Verantwortung und Kompromiss
Die Deutschnationalen auf der Suche nach einer konservativen Demokratie 294

Stefanie Middendorf
Finanzpolitische Fundamente der Demokratie?
Haushaltsordnung, Ministerialbürokratie und Staatsdenken in der Weimarer Republik 315

Urban Lundberg
»Volksheim« oder »Mitbürgerheim«?
Per Albin Hansson und die schwedische Demokratie 344

Jeppe Nevers
Demokratiekonzepte in Dänemark nach dem Ersten Weltkrieg 379

Johanna Rainio-Niemi
Die finnische Demokratie in der Zwischenkriegszeit 392

Elisabeth Dieterman
Demokratische Perspektiven in den Niederlanden der 1930er Jahre 421

Andrea Orzoff
Das Personal und das Vokabular der Demokratie
Die Erste Tschechoslowakische Republik 436

Till Kössler
Demokratie und Gesellschaft in Spanien
Populäre Vorstellungen der Zweiten Republik 1931–1936 463

Jason Scott Smith
Der New Deal als demokratisches Projekt
Die Weltwirtschaftskrise und die Vereinigten Staaten 496

Zu den Autorinnen und Autoren 512

Zu den Herausgebern:

Tim B. Müller, Dr. phil, ist Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung und Redaktionsmitglied der Zeitschrift für Ideengeschichte. In der Hamburger Edition erschienen zuletzt seine Monografien »Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien« und »Krieger und Gelehrte. Herbert Marcuse und die Denksysteme im Kalten Krieg«. Der Band »Krieger und Gelehrte« wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet.

Adam Tooze ist Professor für Geschichte und Direktor des European Institute an der Columbia University. Er lehrte Wirtschaftsgeschichte an der University of Cambridge und war von 2009 bis 2015 Professor für moderne Geschichte und Ko-Direktor des International-Security-Studies-Programms an der Yale University. Er gehört den beiden unabhängigen Historikerkommissionen an, die vom Bundesministerium der Finanzen und vom Bundesministerium der Wirtschaft eingesetzt wurden, um die Geschichte und besonders die NS-Verstrickungen dieser beiden Ministerien aufzuklären.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

© 2015 by Hamburger Edition

Umschlaggestaltung: Wilfried Gandras
Satz aus der Stempel Garamond von Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 978-3-86854-294-3
1. Auflage September 2015